

Arbeiterwohlfahrt Bundeskonferenz 2012
23.11. – 25.11.2012 in Bonn

Antrags-Nr.: 2.7.-146

Thema: Rundfunkstaatsvertrag

Bundesverband und Bundesvorstand werden beauftragt, sich öffentlichkeitswirksam und so schnell wie möglich dafür einzusetzen, dass der Rundfunkstaatsvertrag geändert wird. Dabei muss erreicht werden, dass Befreiungstatbestände von der Rundfunkgebühr für gemeinnützige Einrichtungen wieder in den Vertrag aufgenommen werden.

Aufgrund der Zuständigkeit der Bundesländer für den Rundfunkstaatsvertrag, beteiligen sich die AWO Gliederungen an den Aktionen.